



Wir bleiben ungehorsam

Aufruf zur Demonstration am 6. Juni 2016

„Ziviler Ungehorsam“ – was ist das überhaupt? Das Lexikon bezeichnet Akte zivilen Ungehorsams als kalkulierte Regelverletzungen symbolischen Charakters, die durch ihre Illegalität auf die Dringlichkeit des vertretenen Anliegens hinweisen sollen. Ziviler Ungehorsam ist für uns als eine Form des Widerspruchs ohne Frage legitimer Teil der politischen Partizipation.

"Ziviler Ungehorsam" ist momentan jedoch auch das Etikett, mit dem aktiver Widerspruch gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit versehen wird, um ihn zu kriminalisieren und zu delegitimieren. Jene, die den unbedingten Gehorsam einfordern, sehnen sich nach nichts mehr, als nach einer Autorität, die strafend und drohend, benachteiligend und belohnend für etwas sorgt, was sie fälschlicherweise Gerechtigkeit nennen. Den Führern, die sie dafür brauchen, folgen sie aber nicht aus freien Stücken, sondern aus Angst vor Verlust; nicht als freie und vernünftige Entscheidung, sondern aus der Hoffnung auf Gewinn für sich selbst, notfalls auch auf Kosten anderer, die es in ihren Augen nicht wert sind. Sie kritisieren nicht die sozialen Missstände in unserer Gesellschaft und die daraus resultierende Unfreiheit von Menschen, die sich aus Angst um ihre Lebensgrundlagen nicht gegen Ausbeutung zur Wehr setzen.

Wenn LEGIDA den Ruf "Wir sind das Volk!" erschallen lässt, wollen sie sich damit über die ihrer Meinung nach Gehorsam verweigernden Menschen erheben. Sie sagen aber auch: Autorität, hier sind wir, **das Volk, dein Volk!** Kümmere dich um uns und wir gehorchen dir. LEGIDA will jedoch nicht selbst die Position dieser ungeheuerlichen Autorität einnehmen, die sie sich so dringend wünschen. Sie möchte die Demokrat*innen vor sich hertreiben, um sich selbst nicht die Finger schmutzig machen zu müssen. Bei all ihrer Propaganda, in denen sie nicht viel mehr, als "Deutsche zuerst" fordern, glauben sie sich auch moralisch im Recht, denn "schließlich zahlen wir ja Steuern!" Derartige Drohungen und Argumentationen finden sich zuhauf auf diversen Onlineportalen. Ihre Argumentation hat wenig mit dem Wunsch nach mehr Gerechtigkeit für alle zu tun.

Dieser Sehnsucht nach einer Autorität, die nur für jene da ist, die ihrer Meinung nach ein (angeborenes) Recht auf die Fürsorge des Staates haben, steht unserer Sehnsucht und dem Wunsch nach Gleichwertigkeit und Freiheit für alle Menschen gegenüber. Gehorsam und der Wunsch nach einer führenden Autorität sind keine Konzepte einer aufgeklärten Gesellschaft.

Sie fordern eine massive Beschneidung der persönlichen und freien Entfaltung des Einzelnen. Sie erfordern Gewalt. Sie fürchten die Verantwortung des Einzelnen. Freiheit herrscht nicht, sie will es auch gar nicht. Das Wesen des aufgeklärten Individuums ist es, seine Freiheit und damit auch die eigene Verantwortung selbstbestimmt auszuleben und sie für sich und damit gleichzeitig auch für alle Anderen einzufordern. Nicht auf der Grundlage von Gewalt oder im Sinne eines individuellen Vorteils, sondern aus der vernünftigen Einsicht in die Notwendigkeit von Solidarität in einer Gesellschaft und dem Wunsch nach Gerechtigkeit.

Freiheit und Gerechtigkeit können unmöglich anders als immer und für alle gleich gedacht werden. Wir setzen uns für eine solidarische Gesellschaft ein, die alle Menschen gleichwertig behandelt werden.

Wir leben in einer Zeit, in der in unserem so freiheitlichen Europa Zäune gezogen und Mauern gebaut werden. Menschen müssen unter unwürdigsten Bedingungen leben, werden eingesperrt und sterben zu tausenden vor unseren Außengrenzen. Nur weil sie nicht das Glück hatten, hier geboren worden zu sein.

Das Erstarken der rechten Strömungen in allen Ländern Europas macht Dinge sagbar, die zuvor unsagbar waren. Demokratische Kräfte sehen sich unter Zugzwang, die Bevölkerung nicht an diese Kräfte zu verlieren und begehen den größtmöglichen Fehler, indem sie sich an diese unfreiheitlichen Denkmuster anbietern, anstatt strikt die humanistische Idee von Gleichwertigkeit und Solidarität zu vertreten. In Ungarn und Polen erleben wir, wie die Pressefreiheit systematisch eingeschränkt, unbequeme Stimmen unterdrückt und Minderheiten diskriminiert werden. Europäische Rechtsstaaten, die in ihrer Geschichte Jahrhunderte lang um die humanistischen Werte gerungen haben, denen unsere Demokratien zugrunde liegen, schaffen nun an einem Wochenende Tatsachen, die tausenden von Menschen den Zugang zu einem menschenwürdigen Leben verwehren.

Wir, die wir uns den Grundgedanken der Freiheit und Gleichwertigkeit für alle Menschen, unabhängig ihres Geburtsortes oder ihrem ökonomischen "Nutzen" für eine Gesellschaft verpflichtet fühlen, müssen immer wachsam sein und laut widersprechen, wenn die Instrumente, die Freiheit schaffen und erhalten sollen, gegen die Freiheit selbst benutzt werden.

Wenn LEGIDA auf die Straße geht, wollen sie keine Freiheit. Sie wollen Sicherheit. Sicherheit für Deutsche vor "Fremden". Doch Freiheit, als wesentliches Merkmal einer aufgeklärten Gesellschaft, in der der Einzelne befähigt ist, Eigenverantwortung zu übernehmen und in der für alle Menschen immer ein gewisses Risiko herrscht, ist nicht aufgrund des Wunsches nach mehr Sicherheit aufzugeben. Sicherheit auf Kosten von Freiheit zu gewinnen, bedeutet der Eigenverantwortung abzuschwören, sich arglos einer Autorität zu unterwerfen und all seine Hoffnungen in diese zu legen. Es bedeutet aber auch alle Verantwortung für das, was diese Autorität tut, abgeben zu wollen.

In einer Demokratie ist die Abgabe der Verantwortung des Einzelnen jedoch nicht möglich. Die Abgabe von Verantwortung führt auf kurze oder lange Sicht zur Diktatur. Unsicherheit und Risiko zu ertragen und eigenverantwortliches Handeln gehört ohne wenn und aber zu einer freien und gerechten Gesellschaft.

Wer auf Freiheit und Gerechtigkeit setzt und sich für sie auf die Demoroute des selbsternannten Volkes setzt, handelt bewusst und mit dem Anspruch, selbst etwas ändern zu wollen.

Für sich.
Für andere.
Für uns morgen.
Für andere heute.

Der ist sich dessen bewusst, dass zuweilen Gesetze im Rahmen des Zivilen Ungehorsams übertreten werden müssen, um in aller Deutlichkeit klar zu machen, dass die Demokratie durch die Zivilgesellschaft verteidigt wird. Mit Solidarität können viele Menschen etwas ändern. Mit dem solidarischen Verhalten, das auch auf der Straße stattfindet, kann der Idee des egoistisch motivierten Gehorsams widersprochen werden. Wir können uns zu Freiheit und Gerechtigkeit bekennen und sie einfordern für alle.

Nur weil LEGIDA ihren Widerstand gegen eine tolerante und weltoffene Zivilgesellschaft auf die Straße trägt und dies trotz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit in ihrer Opferrhetorik "Ungehorsam" nennt, werden wir nicht aufhören, uns ihnen in den Weg zu stellen.

Wir bleiben ungehorsam!